

Antwort des Senats
auf die Schriftliche Kleine Anfrage
der Abgeordneten Dr. Heike Opitz
- Drucksache 18/6461 -

Die Ermittlung detaillierter statistischer Daten zum Stand der Erhebung von Studiengebühren ist zum jetzigen Zeitpunkt mit zahlreichen Unsicherheiten behaftet. Eine Vielzahl von Anträgen Studierender unterscheidet nicht zwischen Befreiungs-, Stundungs- und Erlassanträgen oder Widersprüchen. Oftmals werden zudem mehrere Gründe gleichzeitig geltend gemacht bzw. Hilfsanträge gestellt für den Fall, dass ein zunächst vorgebrachter Tatbestand nicht zu Befreiung, Stundung oder Erlass der Studiengebühr führt. Schließlich ist dabei auch zu berücksichtigen, dass es sich in vielen Fällen um laufende Verfahren handelt. Im Ergebnis führt dies dazu, dass die Beantwortung der Schriftlichen Kleinen Anfrage nur anhand vorläufiger Daten erfolgen kann. Eine valide Datenerhebung ist im Grunde erst nach Ablauf eines Semesters und Abarbeitung aller Verfahren möglich.

Zudem ist zu berücksichtigen, dass mit der Einführung von Studiengebühren im Sommersemester für alle Studierenden an den Hamburger Hochschulen erstmalig die Gebührenpflicht festgestellt wird. Aus diesem Grund haben die Hochschulverwaltungen mit einer höheren Zahl von Anträgen zu tun, die sich in den folgenden Semestern vermindern wird. Seitens der Universität kann aufgrund einer Vielzahl von Mehrfachanträgen und daraus resultierenden Erfassungsproblemen zu einigen Fragekomplexen nur die Zahl positiv beschiedener Anträge genannt werden.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen überwiegend auf Grundlage von Angaben der Hochschulen wie folgt:

Zu 1.:

Siehe Anlage 1.

Zu 2.:

Siehe Anlage 2.

Zu 3. und 4.:

Siehe Anlage 3.

Zu 5. und 6.:

Siehe Anlage 4.

Zu 7. und 8.:

Siehe Anlagen 3 und 4.

Zu 9. und 10.:

Siehe Anlage 5.

Zu 11.:

Ein Widerspruch gegen einen Gebührenbescheid hat gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 1 Verwaltungsgerichtsordnung grundsätzlich keine aufschiebende Wirkung. Wenn nach Erhalt des Gebührenbescheides eine Befreiung, eine Stundung oder ein Erlass geltend gemacht wird, schieben die Hochschulen den ursprünglichen Zahlungstermin bis zur Entscheidung über diese Anträge auf, sofern diese Anträge nicht bereits vor dem ursprünglichen Zahlungstermin beschieden worden sind.

Zu 12.:

Der Gebührenbescheid ist ein Verwaltungsakt. Ein Verwaltungsakt kann auch auf Dauer erlassen werden. Entscheidend ist, dass die Zahlungsverpflichtung in einzelnen Semestern entfallen oder aussetzen kann, wenn die gesetzlichen bzw. durch Satzung der Hochschulen definierten Voraussetzungen dazu erfüllt sind. Die Hochschulen entscheiden in eigener Zuständigkeit, welche Form sie hierbei wählen.

Universität Hamburg:

Der Gebührenbescheid ist ein sog. „Dauerbescheid“. Er wird einmal erlassen und gilt dann für die gesamte Studienzeit. Die Zahlungsverpflichtung kann jedoch in einzelnen Semestern entfallen oder ausgesetzt werden, wenn die gesetzlichen oder durch Satzung festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind. Die zahlungspflichtigen Studierenden werden über STiNE (Datensystem Campusnet) per elektronischer Nachricht an den jeweiligen Zahlungstermin erinnert. Dabei wird auch der Zahlweg (Kontonummer und weitere Daten) beschrieben.

HAW:

Zurzeit ist für jedes Semester ein eigener Gebührenbescheid vorgesehen.

TUHH:

Der Gebührenbescheid ist ein sog. „Dauerbescheid“. Er wird einmal erlassen und gilt dann für die gesamte Studienzeit. Die Zahlungsverpflichtung kann jedoch in einzelnen Semestern entfallen oder ausgesetzt werden, wenn die gesetzlichen oder durch Satzung festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind. Die Studierenden werden per Mail an den jeweiligen Zahlungstermin erinnert.

HfMT:

Zurzeit ist für jedes Semester ein eigener Gebührenbescheid vorgesehen.

HCU:

Der Gebührenbescheid ist ein sog. „Dauerbescheid“. Er wird einmal erlassen und gilt dann für die gesamte Studienzeit. Die Zahlungsverpflichtung kann jedoch in einzelnen Semestern entfallen oder ausgesetzt werden, wenn die gesetzlichen oder durch Satzung festgelegten Voraussetzungen erfüllt sind. Die Studierenden werden schriftlich an den jeweiligen Zahlungstermin erinnert.

HfbK:

Zurzeit ist für jedes Semester ein eigener Gebührenbescheid vorgesehen.

Zu 13. und 14.:

Universität Hamburg:

Nach Angaben der Initiatoren waren es 6.078 Studierende. Die Einzelbeträge sind mittlerweile überwiesen worden.

HAW:

Nach Angaben der Initiatoren waren es 2.813 Studierende. Der HAW wurden von der beauftragten Rechtsanwaltskanzlei 2.490 Einzelbeträge überwiesen.

TUHH:

Nach Angaben der Initiatoren waren es 725 Studierende. Es wurden 683 Einzelbeträge überwiesen.

HfMT:

Nach Kenntnisstand der Hochschule haben Studierende der HfMT nicht auf ein sogenanntes Boykottkonto eingezahlt.

HCU:

Nach Kenntnis der Hochschule waren es 372 Studierende. Die Einzahlung ist über ein Sammelkonto erfolgt; einige Überweisungsdaten haben sich dabei als fehlerhaft erwiesen und müssen noch genauer geprüft werden.

HfbK:

Die Hochschule hat keine Angaben über die Beteiligung Studierender.

Zu 15.:

Wie aus den Rückmeldungen der Hochschulen deutlich wird, gibt es derzeit eine Vielzahl von noch nicht abgeschlossenen Verfahren bzgl. der gestellten Befreiungs-, Erlass- und Stundungsanträge sowie der eingegangenen Widersprüche. Diese Fälle sind zu unterscheiden von jenen, bei denen die Studierenden entweder solche Anträge nicht gestellt haben bzw. deren Anträge negativ beschieden wurden. Die Frage nach der Zahl der Studierenden, die die Studiengebühren nicht gezahlt haben, obwohl sie dazu verpflichtet gewesen wären, kann daher zurzeit noch nicht beantwortet werden; im Übrigen siehe Vorbemerkung.

Zu 16., 17. und 17.a):

Gemäß § 42 Abs. 2 Nr. 5 HmbHG sind Studierende zu exmatrikulieren, wenn sie von ihnen zu entrichtende fällige Beiträge oder Gebühren nicht gezahlt haben. Die zuständige Behörde hat die Hochschulen auf diese Rechtslage hingewiesen.

Zu 17. b):

Universität Hamburg, TUHH, HfMT, HCU:

Nach dem vorgesehenen Exmatrikulationsbescheid kann die Rechtswirkung der Exmatrikulation innerhalb einer Frist von zwei Wochen durch Zahlung abgewendet werden.

HAW:

Die ausstehende Gebührenzahlung wird gegenüber den Studierenden vor einer Exmatrikulation mit einer Frist von zwei Wochen angemahnt.

HfbK:

Die ausstehende Gebührenzahlung wird gegenüber den Studierenden vor einer Exmatrikulation angemahnt.

Zu 18.:

Die Hochschulen verfahren gemäß § 28 Abs. 2 Ziff. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz. Danach werden die Gebührenbescheide im automatisierten Verfahren erlassen. Sollten die Studierenden ihren Gebührenbescheid nicht erhalten haben, ist über das Mahnverfahren bzw.

den Exmatrikulationsbescheid mit einer Frist zur Nachzahlung sichergestellt, dass sie eine erneute Zahlungsmöglichkeit erhalten.

Zu 19.:

Den Hochschulen sind keine Fälle bekannt.